

„Es gibt verschiedene Stellschrauben, um die Transformation zu gestalten“

Eine Bürgerversicherung kann die von vielen Wissenschaftlern kritisierte Spaltung des deutschen Krankenversicherungsmarktes beenden. Was bedeutet das für die Beschäftigten der privaten Krankenversicherung? Ein Gespräch mit Florian Blank*, Experte für Sozialpolitik am WSI.

Von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studien untersuchen seit Jahren, wie eine Bürgerversicherung ausgestaltet werden kann. Dabei zeigt sich: Der Weg zu einem integrierten Krankenversicherungsmarkt ist kompliziert. Der Gesundheitsexperte Robert Paquet schätzt nun in einem Gutachten*: In der privaten Krankenversicherung (PKV) könnten im Extremfall Tausende Arbeitsplätze überflüssig werden. Stellt das die Bürgerversicherung plötzlich in Frage?

Blank: Nein. Diese Untersuchung leuchtet Interessenkonflikte aus, die grundsätzlich schon bekannt sind und die die Befürworter der Bürgerversicherung sehr ernst nehmen. Deshalb wird beispielsweise im Konzept der DGB-Reformkommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ eine Beschäftigungsgarantie als wichtiges Element des Übergangs zur Bürgerversicherung genannt. Die bräuchte man nicht, wenn man einfach alles beim Alten ließe.

Blank: Aber dann würden wir uns weiter mit einem Krankenversicherungssystem abfinden, dessen Doppelstruktur auch von vielen Wissenschaftlern aus guten Gründen kritisiert wird. Deutschland ist mittlerweile das einzige Land in Europa, in dem es noch zwei voneinander abgeschottete Krankenversicherungsmärkte gibt: Auf der einen Seite das solidarisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung, auf der anderen Seite die private Versicherung, die ihre Beiträge nach individuellen Risiken kalkuliert und Gewinne erzielen soll. Angesichts von medizinischem Fortschritt und demografischem Wandel sollte der Zugang zu Gesundheitsleistungen aber so nachhaltig und gerecht wie möglich finanziert und so klar und fair wie möglich organisiert sein. Dieses Ziel soll mit der Bürgerversicherung erreicht werden.

Befürworter der aktuellen Regelung dagegenhalten: Wettbewerb belebt das Geschäft.

Blank: Aber der Status quo bedeutet eben kaum Wettbewerb um Versicherte, er teilt den Markt weitgehend künstlich

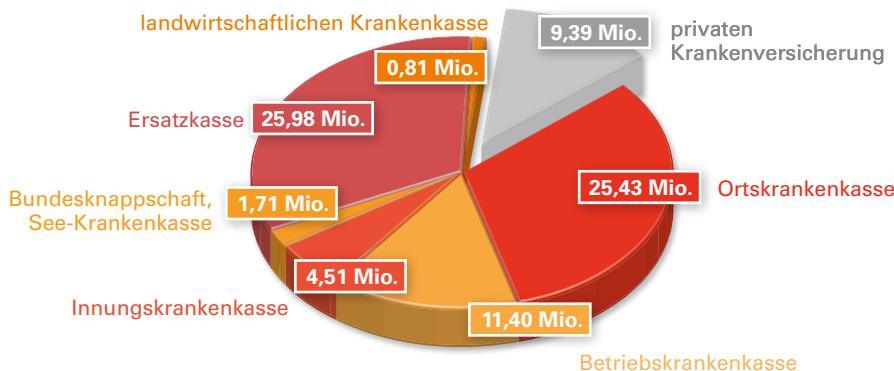
auf. Diese Zuteilung der Versicherten erschwert die bestmögliche Versorgung der gesamten Bevölkerung. Das sehen übrigens nicht nur die Oppositionsparteien im Bundestag und die Gewerkschaften so, sondern auch Verbraucherschützer und der Sachverständigenrat, also die sogenannten „Wirtschaftsweisen“.

Wenn man beide Teilmärkte zusammenlegt, warum könnten dann überhaupt Arbeitsplätze überflüssig werden? Der Gesamtmarkt schrumpft doch nicht.

Blank: Richtig. Robert Paquet weist darauf hin, dass GKV und PKV bislang sehr unterschiedlich organisiert sind. Ein wichtiger Punkt: In der PKV konkurrieren die Versicherer mit hohem Aufwand um neue Kunden. Das verdeutlichen einige Zahlen, die Herr Paquet in seinem Gutachten zusammengestellt hat: Rund die Hälfte der Beschäftigten in der PKV arbeitet im Neukundengeschäft. Mehr als zwei Drittel

Große Mehrheit gesetzlich versichert

Krankenversichert waren Einwohner Deutschlands bei einer ...



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

der Verwaltungskosten entfallen auf „Abschlusskosten“, beispielsweise Prämien für Vermittler, die neue Kunden geworben haben. Es gibt aber noch weitere Unterschiede, etwa beim Aufwand, der bei den Abrechnungen betrieben werden muss. Unter dem Strich betreuen die gesetzlichen Kassen mit rund 150.000 Mitarbeitern etwa 70 Millionen Versicherte. Die privaten Versicherer betreuen mit deutlich mehr als 60.000 festen Mitarbeitern und Vertretern lediglich rund 9 Millionen Versicherte.

Heißt das: Überkapazitäten sind unvermeidlich, weil die Bürgerversicherung eher nach dem Vorbild der gesetzlichen Krankenversicherung gestaltet wäre?

Blank: Es gibt gute sozialpolitische Gründe für eine Bürgerversicherung. Ob und wie stark Arbeitsplätze durch eine Reform betroffen sind, hängt aber davon ab, wie der Übergang in eine Bürgerversicherung konkret ausgestaltet wird. Aus

dem Paquet-Gutachten lässt sich ein Worst-Case-Szenario konstruieren, das einige Medien fälschlich als unvermeidlich dargestellt haben mit dem Tenor: „Bürgerversicherung kostet zehntausende Jobs“. Es würde aber nur eintreten, wenn der PKV von heute auf morgen das gesamte Geschäftsfeld Krankenversicherung entzogen würde, und zwar sowohl für Neukunden als auch für bereits Versicherte. Das wird jedoch in so gut wie keinem politischen Konzept zur Bürgerversicherung gefordert, und es wäre auch aus verfassungsrechtlicher Sicht ein fragwürdiges Vorhaben. Mit Blick auf den politischen Prozess und die Mehrheitsverhältnisse ist dieses Knall-auf-Fall-Szenario also denkbar unrealistisch.

Was ist denn realistischer?

Blank: Es gibt verschiedene Stellschrauben, mit denen sich die Transformation gestalten und ihre Nebeneffekte mildern

lassen. Sehr wichtig, das arbeitet auch das Gutachten heraus, ist dabei die Zeitschiene: Wie schnell oder langsam soll die Integration vollzogen sein? Und: Wird die Zeit bis dahin genutzt, um PKV und GKV einander anzunähern? Das ist zum Beispiel in den Niederlanden geschehen, in denen der Krankenversicherungsmarkt vor einigen Jahren zusammengeführt wurde. Man muss die grundsätzliche Stoßrichtung der niederländischen Reform nicht gut finden. Aber sie hat gezeigt, dass auch eine tief greifende Umgestaltung des Krankenversicherungssystems im Konsens möglich ist. ▶

* Florian Blank forscht im WSI zur Sozialpolitik und zu Wohlfahrtsmärkten

** Quelle: Robert Paquet: Auswirkungen der Bürgerversicherung auf die Beschäftigung in der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung, Arbeitspapier 284 der Hans-Böckler-Stiftung, Juni 2013

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

WORKING POOR

Frauen im Job brauchen häufiger Hartz IV

Mehr Frauen als Männer müssen aufstocken, um über die Runden zu kommen.

Das dokumentieren neue Auswertungen des WSI GenderDatenPortals.*

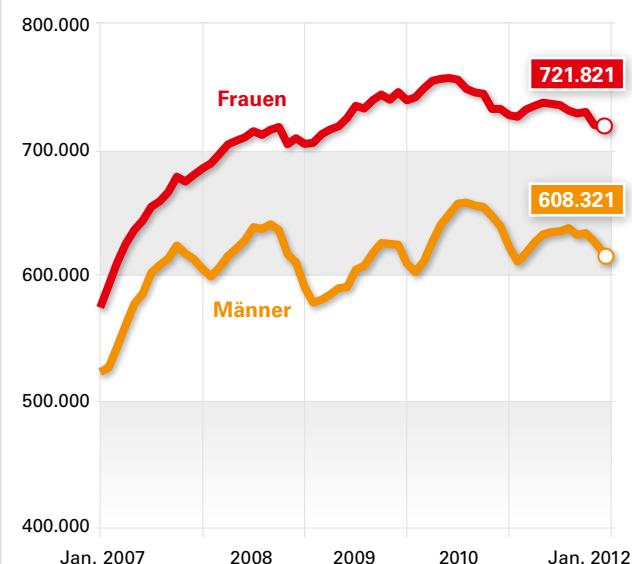
Insgesamt bezogen Anfang 2012 mehr als 1,3 Millionen Erwerbstätige zusätzlich zu ihrem Gehalt Arbeitslosengeld II – 608.000 Männer und 722.000 Frauen. Das waren zwar geringfügig weniger als 2011. Doch im längerfristigen Vergleich, gegenüber 2007, hat sich die Zahl der Aufstockerinnen um 26 Prozent erhöht. Bei den Männern betrug der Zuwachs 17 Prozent, zeigen die Analysen, die Alexandra Wagner und Peter Sopp vom Berliner Forschungsinstitut FIA für das WSI durchgeführt haben. „Die stark gestiegenen Erwerbstätigkeitsquoten von Frauen sind nur zum Teil eine Erfolgsgeschichte. Viel zu viele Frauen und Männer können von ihrem Einkommen nicht leben und müssen aufstockende Transferleistungen beziehen“, sagt WSI-Forscherin Christina Klenner. Im Januar 2007 hatte rund jede fünfte Leistungsempfängerin einen Job, fünf Jahre später fast jede dritte. Unter den männlichen Hartz-IV-Beziehern nahm der Anteil der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum zwar auch zu, aber weniger stark als bei den Frauen.

Dass Frauen häufiger aufstocken müssen als Männer, dürfte nach Klenners Einschätzung zum einen mit der Ausbreitung des Niedriglohnlohnsektors zusammenhängen, von der weibliche Beschäftigte besonders betroffen sind. So sei der Frauenanteil unter Minijobbern besonders hoch. Zum anderen dürften die Zahlen widerspiegeln, dass die meisten Alleinerziehenden weiblich sind. Alleinerziehende seien im Vergleich zu Singles bei gleichem Erwerbseinkommen häufiger auf Transferleistungen angewiesen, da sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Kinder versorgen müssen. Alleinlebende wiederum müssen laut der Statistik des GenderDatenPortals häufiger aufstocken als Menschen mit Partner. Generell seien Haushalte weniger häufig betroffen, wenn zwei Erwachsene gemeinsam wirtschaften, die sich gegenseitig absichern können – und das nach den Hartz-IV-Regeln auch müssen.

In Ostdeutschland ist die Kombination von Arbeitslosengeld II und Erwerbstätigkeit häufiger als im Westen. In den neuen Bundesländern waren im Januar 2012 mit 34 Prozent

Grundsicherung trotz Job

So viele Erwerbstätige bezogen Hartz IV ...



mehr als ein Drittel der Hartz-IV-Empfängerinnen erwerbstätig. In Westdeutschland war dieser Anteil mit 30 Prozent etwas niedriger. Bei den Männern lagen die Quoten der Aufstocker bei 31 Prozent in Ostdeutschland und 27 Prozent in Westdeutschland. Die höheren Anteile der erwerbstätigen Hartz-IV-Empfänger im Osten lassen sich laut Klenner unter anderem auf die tendenziell schlechteren Einkommenschancen zurückführen. ▶

* Quelle: WSI GenderDatenPortal: Grafikblätter zum Thema Arbeitslosigkeit, erarbeitet durch Alexandra Wagner und Peter Sopp im Auftrag des WSI

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de